

Original:

Jugend und Parlament 2003

Montag, 22. September 2003

Arbeitskreis 3: Nachhaltige Entwicklung – Handlungskonzepte für das 21. Jahrhundert

Beschlussfassung

Jeder Einzelne ist gefordert, den kommenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Dazu ist es notwendig, die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen so schonend wie eben möglich zu nutzen und die Emissionen in die Umwelt auf ein naturverträgliches Maß zu reduzieren.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist geeignet, soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele zusammenzuführen. In seinem Zentrum steht der Gerechtigkeitsbegriff. Er umfasst die Generationengerechtigkeit, die Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Frieden zwischen Mensch und Umwelt.

Wir erheben folgende politische Forderungen, die wir in die Handlungsfelder Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik unterteilen.

Im Umweltbereich betrachten wir es als vordringlich, ökologisch schädliche Subventionen abzubauen. Statt Geld in die Erhaltung überkommener Strukturen wie der Steinkohleförderung zu stecken, wollen wir in Bildung, Forschung und ökologische Innovationen investieren. Durch das Setzen von Anreizen wollen wir ökologische Innovationen auf breiter Front anstoßen und so auch zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitragen. Viele Analysten haben gezeigt, dass Unternehmen mit hoher Nachhaltigkeitskompetenz auch wirtschaftlich erfolgreich sind, deshalb sind Nachhaltigkeitsrankings durch unabhängige Agenturen besonders wichtig.

Zentral für nachhaltige Entwicklung ist das in Kraft setzen internationaler Umweltverträge. Wir fordern die russische Staatsduma auf, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, damit es endlich in Kraft treten kann. Auch die Verweigerungshaltung der US-Regierung halten wir für verantwortungslos.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik verweisen wir auf den hohen Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen. Politik muss ihre Innovationsfähigkeit durch fördernde Rahmenbedingungen stärken. Wir sind der Ansicht, dass das Bruttosozialprodukt nicht der einzige Indikator wirtschaftlichen Wohlstands ist. Ebenso wichtig ist die Lebensqualität, wengleich diese schwer messbar ist. Eine einseitige Orientierung am Wirtschaftswachstum halten wir für fragwürdig. Vor allem müssen wir das Funktionieren unserer sozialen Sicherungssysteme stärker vom Wirtschaftswachstum abkoppeln. Zentral ist für uns, dass zukünftiges Wirtschaftswachstum sich umweltschonend und ressourceneffizient entwickelt.

Im Hinblick auf die Energiepolitik sind wir mit knapper Mehrheit zu dem Ergebnis gekommen, dass der Atomausstieg konsequent fortzusetzen ist.

Im Bereich der Gesundheitsvorsorge plädieren wir für die Bildung von Rücklagen, die unter Berücksichtigung der Eigenvorsorge zur Bewältigung des demographischen Wandels beiträgt.

Wir halten es für falsch, die soziale Sicherung allein dem Faktor Arbeit aufzubürden und plädieren dafür, auch andere Einkommensarten heranzuziehen. Ergänzend zu dieser allgemeinen Versicherung ist es jeder Bürgerin und jedem Bürger freigestellt, sich zusätzlich privat zu versichern.

In der Alterssicherung plädieren wir für ein Drei-Säulen-Modell aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei sicher an Stellenwert verlieren, betriebliche und private Altersvorsorge werden hingegen immer wichtiger.

Wir halten es daher für unerlässlich, die Nachhaltigkeit zur Leitschnur der deutschen, europäischen und internationalen Politik zu machen.

Einstimmig bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Oona Grünebaum

Übersicht Änderungen:

Arbeitskreis 3:

Nachhaltige Entwicklung – Handlungskonzepte für das 21. Jahrhundert

- Zu Beginn wurde der Geschäftsordnungsantrag gestellt, über die Beschlussfassung in Absätzen abzustimmen. (unter Berücksichtigung der Änderungsanträge)
 - dem Antrag wurde zugestimmt
- absatzweise Abstimmung:
 - Abs. 1: → in vorgelegter Form beschlossen
 - Abs. 2: → in vorgelegter Form beschlossen
 - Abs. 3: | Über die Ankündigung von Forderungen musste nicht abgestimmt werden.
 - Abs. 4 (ab: „Im Umweltbereich betrachten wir es...“): → in vorgelegter Form beschlossen
 - Abs. 5 (ab: „Zentral für nachhaltige Entwicklung...“):
 - Es lagen zwei Änderungsanträge vor, diesen Absatz zu streichen.
 - Da aber ohnehin gesondert abgestimmt wurde, brauchte darüber nicht entschlossen werden.
 - der Absatz bleibt enthalten
 - Abs. 6 (ab: „Im Bereich der Wirtschaftspolitik...“): → Absatz bleibt so enthalten
 - Abs. 7: „Im Hinblick auf die Energiepolitik sind wir mit knapper Mehrheit zu dem Ergebnis gekommen...“ | Empfehlung vom Vizepräsidenten Dr. Norbert Lammert die Formulierung zu ändern: „Im Hinblick auf die Energiepolitik sollte der Atomausstieg konsequent fortgesetzt werden.“
 - Bezüglich des Formulierungsvorschlages stellte Vizepräsident Lammert Einvernehmen fest.
 - Bei der Abstimmung über den Inhalt des Satzes gab es anfänglich Probleme die Mehrheitsverhältnisse zu erkennen.
 - Nach mehreren Zurufen ließ der Vizepräsident darüber abstimmen, ob ein Hammelsprung durchgeführt werden sollte. → dem wurde nicht zugestimmt
 - *Ergebnis der wiederholten Abstimmung über den Satz in der Sache:*
 - mit knapper Mehrheit wurde beschlossen den Satz zu streichen
 - Abs. 8 (zur Gesundheitsvorsorge): → in vorgelegter Form angenommen
 - Abs. 9 (zum Faktor Arbeit und zur sozialen Sicherung): → mehrheitlich zugestimmt
 - Abs. 10 (zur Alterssicherung): → beschlossen
 - Abs. 11 (Schlussatz zur Nachhaltigkeit als Leitschnur): → so beschlossen
- **Schlussabstimmung über das Papier in der durch Einzelabstimmungen festgelgten Form:**
 - mit großer Mehrheit so verabschiedet

Endgültige Fassung der Resolution in Folge der Abstimmungen

Jugend und Parlament 2003

Montag, 22. September 2003

Arbeitskreis 3: Nachhaltige Entwicklung – Handlungskonzepte für das 21. Jahrhundert

Beschlussfassung

Jeder Einzelne ist gefordert, den kommenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Dazu ist es notwendig, die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen so schonend wie eben möglich zu nutzen und die Emissionen in die Umwelt auf ein naturverträgliches Maß zu reduzieren.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist geeignet, soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele zusammenzuführen. In seinem Zentrum steht der Gerechtigkeitsbegriff. Er umfasst die Generationengerechtigkeit, die Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Frieden zwischen Mensch und Umwelt.

Wir erheben folgende politische Forderungen, die wir in die Handlungsfelder Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik unterteilen.

Im Umweltbereich betrachten wir es als vordringlich, ökologisch schädliche Subventionen abzubauen. Statt Geld in die Erhaltung überkommener Strukturen wie der Steinkohleförderung zu stecken, wollen wir in Bildung, Forschung und ökologische Innovationen investieren. Durch das Setzen von Anreizen wollen wir ökologische Innovationen auf breiter Front anstoßen und so auch zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitragen. Viele Analysten haben gezeigt, dass Unternehmen mit hoher Nachhaltigkeitskompetenz auch wirtschaftlich erfolgreich sind, deshalb sind Nachhaltigkeitsrankings durch unabhängige Agenturen besonders wichtig.

Zentral für nachhaltige Entwicklung ist das in Kraft setzen internationaler Umweltverträge. Wir fordern die russische Staatsduma auf, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, damit es endlich in Kraft treten kann. Auch die Verweigerungshaltung der US-Regierung halten wir für verantwortungslos.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik verweisen wir auf den hohen Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen. Politik muss ihre Innovationsfähigkeit durch fördernde Rahmenbedingungen stärken. Wir sind der Ansicht, dass das Bruttosozialprodukt nicht der einzige Indikator wirtschaftlichen Wohlstands ist. Ebenso wichtig ist die Lebensqualität, wengleich diese schwer messbar ist. Eine einseitige Orientierung am Wirtschaftswachstum halten wir für fragwürdig. Vor allem müssen wir das Funktionieren unserer sozialen Sicherungssysteme stärker vom Wirtschaftswachstum abkoppeln. Zentral ist für uns, dass zukünftiges Wirtschaftswachstum sich umweltschonend und ressourceneffizient entwickelt.

Im Bereich der Gesundheitsvorsorge plädieren wir für die Bildung von Rücklagen, die unter Berücksichtigung der Eigenvorsorge zur Bewältigung des demographischen Wandels beiträgt.

Wir halten es für falsch, die soziale Sicherung allein dem Faktor Arbeit aufzubürden und plädieren dafür, auch andere Einkommensarten heranzuziehen. Ergänzend zu dieser allgemeinen Versicherung ist es jeder Bürgerin und jedem Bürger freigestellt, sich zusätzlich privat zu versichern.

In der Alterssicherung plädieren wir für ein Drei-Säulen-Modell aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei sicher an Stellenwert verlieren, betriebliche und private Altersvorsorge werden hingegen immer wichtiger.

Wir halten es daher für unerlässlich, die Nachhaltigkeit zur Leitschnur der deutschen, europäischen und internationalen Politik zu machen.

Einstimmig bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Oona Grünebaum